

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Freitag, 27. Januar 2012 - Nr. 23 / 4 D 3

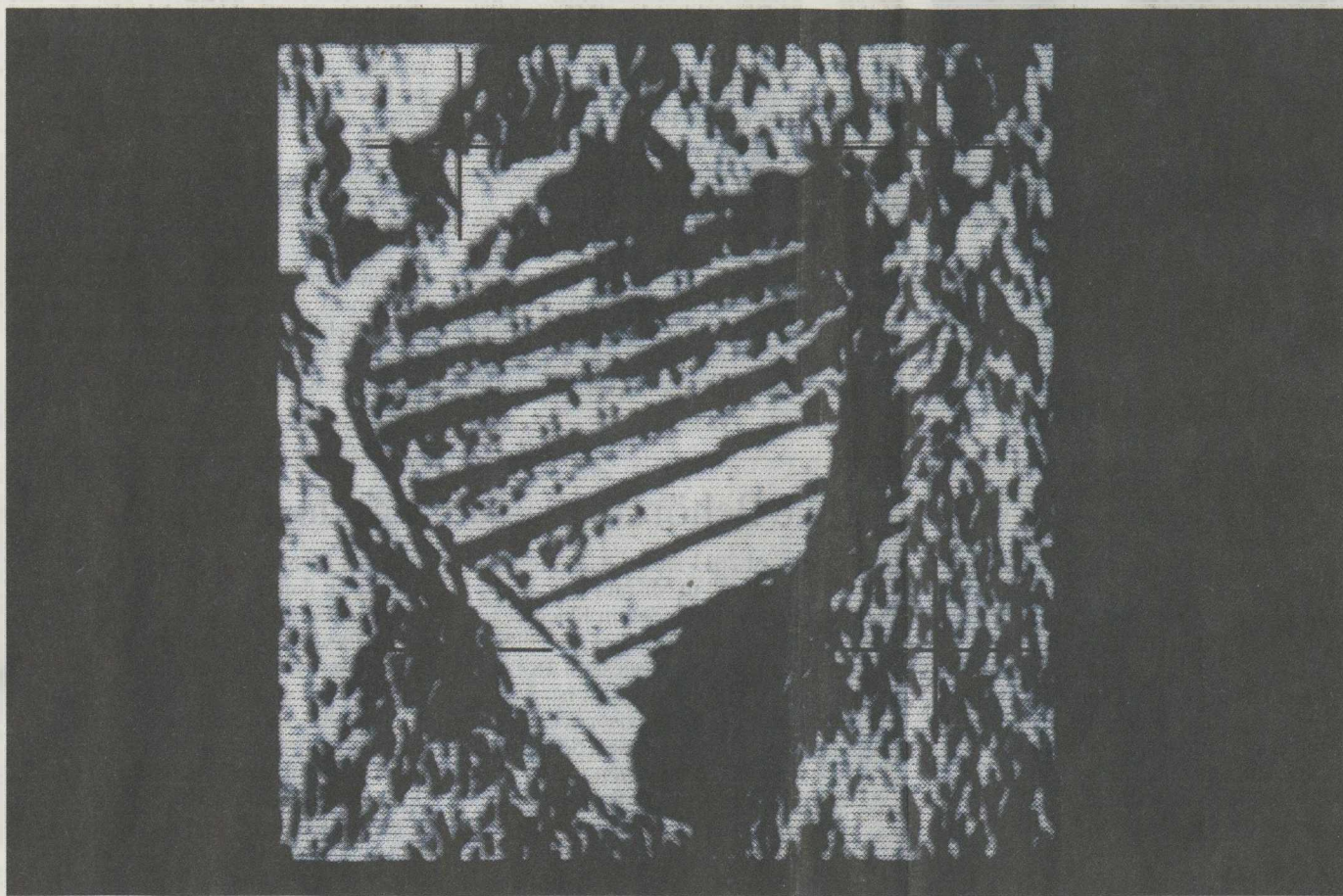
HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

2,10 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

Foltervorwürfe gegen libysche Sicherheitskräfte

ch. FRANKFURT, 26. Januar. Die libysche Übergangsregierung ist mit neuen Foltervorwürfen konfrontiert. Die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen teilte am Donnerstag mit, sie stelle wegen der Folterung von Häftlingen ihre Arbeit in den Internierungszentren der Stadt Misrata ein. Demnach stellten Helfer der Organisation dort bei insgesamt 115 Gefangenen Verletzungen durch Folter fest. In Misrata unterhalten revolutionäre Milizen mehrere provisorische Gefängnisse. Die Hilfsorganisation teilte ferner mit, sie habe alle Fälle mehrfach an die Behörden in Misrata gemeldet. Diese hätten aber nichts dagegen unternommen. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International teilte am Donnerstag mit, sie habe zwei Todesfälle in Haft dokumentiert und zahlreiche Folteropfer aus den Regionen Tripolis und Misrata befragt. Die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Navi Pillay, sprach am Mittwoch in ihrem Bericht an den UN-Sicherheitsrat von „alarmierenden Berichten“, die sie von ihren Mitarbeitern aus libyschen Internierungseinrichtungen erhalten habe. (Fortsetzung und weiterer Bericht Seite 2.)

Duck Side of the Moon



Sehnsuchtsort – Menschen, allen voran Griechen und Amerikaner, sind komische Wesen, vor allem wenn sie von Leidenschaft beherrscht werden, die, wohlwollend ausgedrückt, unterhaltsam sind. Was den Griechen die Lust, Miteuropäern auf die Nerven zu gehen, sind den Amerikanern Projekte wie das

des Republikaners Gingrich, der den Mond auf Seite 8 zum 51. Bundesstaat machen möchte. Aber selbst wenn sämtliche Amerikaner (und Griechen) zur Entlastung der unter ihrer Menschenlast ächzenden Welt sich dort ansiedelten: Der erste Mensch auf dem Mond war, siehe Bild, eine Ente. Foto interDuck

Kandidatenrituale

Von Günther Nonnenmacher

Die Wahl eines französischen Präsidenten folgt einem hochgradig ritualisierten Ablauf: Da gibt es die Kandidatenerklärung, die zum fast mystischen „Rendezvous“ eines Mannes (oder einer Frau) mit dem Volk verklärt wird. Darauf folgt die erste große Rede, welche die Persönlichkeit des Bewerbers ins Licht setzen soll. Das hat François Hollande vor einigen Tagen in Le Bourget hinter sich gebracht. Erst danach gibt es eine durchkomponierte Programmatik, meist mit blumigen Versprechen für die Wähler. Der linke Grundakkord, den Hollande in Le Bourget angeschlagen hatte, findet in seinen sechzig programmatischen „Engagements“ einen kräftigen Nachhall: Der Sozialist, der die Finanzwelt als seinen Gegner bezeichnet, will den europäischen Stabilitätspakt neu verhandeln, den „Teufelskreis des Sparens“ durchbrechen, die EZB neu ausrichten und den Elysée-Vertrag mit Deutschland aus dem Jahr 1963 neu verhandeln. Die europäischen Partner Frankreichs werden sich das alles sorgenvoll anhören.

Aber auch hier spielen rituelle Muster eine Rolle. Hollande hat sein Ver-

halten und seine Strategie am Vorbild des bisher einzigen sozialistischen Präsidenten Mitterrand ausgerichtet. Dazu gehört auch die Maxime, dass der sozialistische Kandidat erst einmal das Potential der Linken, bis hinein in die Extreme, ausschöpfen muss; links von den Sozialisten sind immerhin zehn bis fünfzehn Prozent zu holen. Erst vor der zweiten Wahlrunde kann er dann um die Wähler der Mitte werben, die für Sieg oder Niederlage entscheidend sind. Mitterrand hatte mit dieser Taktik zweimal Erfolg, allerdings, zumindest nach seinem ersten Wahlsieg, auch ein Riesenproblem. In seiner „sozialistischen“ Phase von 1981 bis 1983 fuhr die französische Wirtschaft schnurstracks gegen die Wand. Sein Wirtschaftsminister Delors musste ihn zu einem strikten Sparkurs („rigueur“) überreden, sonst wäre Frankreich damals in die zweite europäische Liga abgestiegen.

Das Ganze ist bisher ohnehin ein Schattenboxen, weil der Gegner noch gar nicht in den Ring gestiegen ist. Auch das ist ein Ritual: Der amtierende Präsident spielt seine Rolle so lange wie möglich, bevor er sich zum Status des Kandidaten herablässt. So hält es auch Sarkozy. Allerdings liegt er in den Umfragen weit zurück und geht damit das Risiko ein, dass er für die Aufholjagd nicht mehr genug Zeit hat.

Heute

Jacke, Hose, Hemd und Weste

In der Londoner Saville Row wurde Stilgeschichte geschrieben: Seit Generationen bestellen sich Männer von Welt den Anzug, von Hand auf Maß geschneidert. **Wirtschaft, Seite 14**

Nebel im Visier

Seine Neuordnung der Entwicklungspolitik würdigte die Opposition, doch für seine Personalpolitik zeihlt sie den Minister der Parteilichkeit. Im Ministerium herrscht eben nicht mehr die „rote Heidi“. **Politik, Seite 3**

Botschafter Österreichs

Wer etwas darstellt im Land, reist mit Diplomatenpass. Künftig erhalten das begehrte Reisedokument nur noch bestimmte Amtsträger. Auch andere Gefälligkeiten werden in Frage gestellt. **Politik, Seite 5**

Curry-Küche in Not

Indisches Essen ist so britisch wie Fish and Chips. Aber London lässt kaum noch erfahrene Köche aus Indien oder Nepal ins Land; die Regierung empfiehlt eine Kochschule für Einheimische. **Wirtschaft, Seite 22**

Freisprüche und viele Fragen

Aus Mangel an Beweisen: Im Kieler Manipulationsprozess gehen die frühesten Meister-Macher des Handball-Bundesligaklubs THW Kiel, Uwe Schwenker und Zvonimir Serdarsusic, straffrei aus. **Sport, Seite 32**

Seine erlebte Rede

Das Unvorstellbare, hier wird's Ereignis: Marcel Reich-Ranicki spricht an diesem Freitag, fast siebenzig Jahre nach der Befreiung von Auschwitz, im Deutschen Bundestag. **Feuilleton, Seite 33**

Harte Bandagen

Büromieter haben sich im Jahr 2011 wesentlich umzugsfreudiger gezeigt als im Vorjahr. Von einer Entspannung im Vermietungsgeschäft kann aber längst noch keine Rede sein. **Immobilienmarkt, Seite 43**

Mitteilung des Verlags:

Immobilien- und Beteiligungsanzeigen auf den Seiten 44 bis 46

Griechenland braucht noch mehr Finanzhilfe

Brüssel: Weitere EFSF-Mittel nötig / Kauder droht Athen mit EU-Staatskommissar

F.A.Z. BRÜSSEL/DAVOS/BERLIN, 26. Januar. Griechenland braucht laut EU-Währungskommissar Rehn mehr Hilfe von öffentlichen Kreditgebern als bisher geplant. Der absehbare Forderungsverzicht privater Gläubiger reiche nicht aus, um Athens Staatsschuld wieder tragfähig zu machen, sagte Rehn am Donnerstag in Davos. Dazu muss die griechische Staatsschuld bis 2020 von mehr als 160 auf etwa 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gesenkt werden. Die Lücke müssten die Euro-Staaten und die EU-Institutionen füllen, sagte Rehn. Dessen Sprecher erläuterte, Athen benötige weitere Mittel aus dem Euro-Krisenfonds EFSF. Rehn sagte, es gehe nicht um einen „dramatischen“ Beitrag. Auch die Geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds,

Christine Lagarde, deutete zusätzlichen Mittelbedarf an. „Wird das mit den privaten Investoren vereinbarte Niveau nicht erreicht, müssen die öffentlichen Institutionen in die Bresche springen“, sagte sie in Paris. Offen blieb, ob auch die Europäische Zentralbank (EZB) auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten könnte. Die Bundesregierung hat zusätzliche Hilfen für Athen bisher ausgeschlossen. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kauder, drohte Griechenland nun wegen mangelnder Konsolidierungsbemühungen an, die Hoheit über seine Haushaltspolitik zu verlieren. Dem Internetdienst „Spiegel Online“ sagte Kauder, Geld für die Griechen werde es nur geben, „wenn das Land straff geführt wird – notfalls bis hin zu einem Staatskommissar,

der von der EU oder den Euro-Staaten eingesetzt wird. Das wäre natürlich hart, aber vielleicht würden sich die Griechen am Ende selbst damit anfreunden.“ FDP-Generalsekretär Döring beklagte den „falschen, wenig europäischen Ton“ von Kauders Äußerung, die „nicht hilfreich“ sei. Am Montag wollen sich die EU-Staaten außer Großbritannien auf einem EU-Gipfel zu einer strengen Sparpolitik verpflichten. Der britische Premierminister David Cameron, der den geplanten Fiskalpakt ablehnt, bekräftigte in Davos auch seine Ablehnung einer Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte. Der Plan dafür sei „Wahnsinn“, da er die EU bis zu 200 Milliarden Euro an Wirtschaftskraft kosten könne. (Fortsetzung Seite 2, siehe Wirtschaft, Seiten 13 und 15; Kommentar Seite 12.)

Bundestag verkleinert Isaf-Bundeswehrkontingent

Breite Mehrheit für Afghanistan-Mandat / Polen: Gemeinsam rein, gemeinsam raus

sat. BERLIN, 26. Januar. Zum ersten Mal seit Beginn des Afghanistan-Einsatzes vor zehn Jahren hat der Bundestag eine schrittweise Verkleinerung des Bundeswehrkontingents beschlossen. Mit breiter Mehrheit stimmte das Parlament am Donnerstag der Verlängerung des Isaf-Mandates mit einer zunächst um 450 Soldaten verringerten Obergrenze von 4900 zu. Neben den Koalitionsfraktionen stimmten die Mehrheit der SPD-Fraktion und einzelne Abgeordnete der Grünen für den Antrag der Bundesregierung. Während sich die Grünen-Fraktion mehrheitlich enthielt beziehungsweise gegen die Vorlage stimmte, votierte die Linke-Fraktion geschlossen dagegen.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Polenz (CDU), sagte in der Debat-

te, bei dem geplanten schrittweisen Abzug gelte der Grundsatz in der Nato: gemeinsam rein, gemeinsam raus. „Ich denke, auch Frankreich wird sich entsprechend der Bündnissolidarität daran halten“, sagte er mit Blick auf Äußerungen des französischen Staatspräsidenten Sarkozy, der vor kurzem einen vorzeitigen Abzug nicht ausgeschlossen hatte. Polenz ermahnte die Bundesregierung, ihre Hilfe für den Polizeiaufbau fortzusetzen, sonst könne eine „Übergabe der Verantwortung in Verantwortung“ nicht stattfinden. Der außenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Stinner, sagte, Afghanistan „befinde sich auf einem positiven Entwicklungspfad“. Das liege auch daran, dass es erstmals in der Nato ein gemeinsames Konzept gebe, an dem die Bundesregierung seit 2009 mitgearbei-

tet habe. Stinner sagte: „Natürlich ist nicht alles gut in Afghanistan, natürlich ist die Sicherheitslage prekär.“

Der SPD-Außenpolitiker Mützenich hob hervor, seine Partei habe noch zu Regierungszeiten für einen Strategiewechsel geworben, der dann durch Präsident Obama ermöglicht worden sei. Der Grünen-Abgeordnete Schmidt kritisierte, es fehle ein Abzugsplan für die Jahre 2013/2014. Die Bundesregierung hatte dies damit begründet, dass dieser mit den Partnern, vornehmlich den Vereinigten Staaten, auf dem Nato-Gipfel im Frühjahr in Chicago besprochen werden müsse, da der Abzugsplan multilateral koordiniert werden und Washington seine Pläne konkretisieren müsse. (Fortsetzung Seite 2; Kommentar Seite 12.)

Hollande verspricht Eurobonds

mic. PARIS, 26. Januar. In Paris hat der Kandidat der Sozialisten für die Präsidentschaftswahlen, François Hollande, am Donnerstag sein Programm vorgestellt. In 60 „Engagements“ verspricht er, den europäischen Fiskalpakt neu zu verhandeln. Auch rügt er, dass die EZB bislang „nur den Banken, nicht aber den Staaten“ helfe. Hollande befürwortet Eurobonds und einen neuen Freundschaftsvertrag mit Deutschland. (Siehe Seite 2 und Wirtschaft, Seite 13.)



Briefe an die Herausgeber	40	Das Kreuzworträtsel	10	Unternehmen	15	Sport	31
Immobilienmarkt	43	Die Gegenwart	11	Branchen und Märkte	21	Feuilleton	33
Impressum	4	Zeitschehen	12	Wetter	22	Kulturkalender	37
Deutschland und die Welt	9	Wirtschaft	13	Finanzmarkt	23	Medien	41
Der Sternhimmel	10	Menschen und Wirtschaft	14	Kurse	26	Fernsehen und Hörfunk	42

STREIFZÜGE

Moers

Blühende Sumpflandschaft

Auf seiner linksrheinischen Seite geht Duisburg fließend in Moers über, das mit etwas mehr als 100 000 Einwohnern als die größte deutsche Stadt gilt, die weder kreisfrei noch Sitz eines Kreises ist. Dass sich der Name der im 9. Jahrhundert erstmals urkundlich erwähnten Stadt, wie von Heimatforschern angenommen, tatsächlich an Moor oder Morast ableitet, ist sehr wahrscheinlich. Schließlich schuf der lange Zeit heftig mäandrierende Rhein in der Gegend einst große Sumpflandschaften.

Wie in Duisburg, wo derzeit ein Abwahlverfahren gegen Oberbürgermeister Adolf Sauerland (CDU) läuft, hat sich zuletzt auch in Moers der Widerstand eines Teils der Kommunalpolitik gegen Bürgermeister Norbert Ballhaus (SPD) formiert. Ballhaus hatte vor gut vier Jahren eigenmächtig Gutachteraufträge an einen Krefelder Rechtsanwalt und Parteifreund vergeben. Die städtische Rechnungsprüfung kam hernach zur Einschätzung, Ballhaus habe „mehrfach gegen vergabe-, kassen- und haushaltsrechtliche Regeln“ verstoßen. Deshalb rügte der Moerser Rat einschließlich seiner SPD-Mitglieder den Bürgermeister. Pikant macht die Sache zudem, dass der Krefelder Genosse sich für die Aufträge mit einer Spende bei der SPD bedankte.

Nicht nur das sehen die Ballhaus-Gegner als einen Beleg für die Existenz eines modernen Moerser Sumpfes. Sie halten dem Bürgermeister zudem seinen Umgang mit dem Sportzentrum Rheinkamp vor. Ballhaus hatte das Zentrum im April 2008 mit der Begründung schließen lassen, es bestehe Gefahr für Leib und Leben. Die Bürgerinitiative „Rathaus ohne Ballhaus“ wirft dem Bürgermeister vor, das alte Zentrum sei gar nicht baufällig gewesen. Ballhaus habe den Rat in die Irre geführt, um das neue Schwimm- und Sportzentrum wieder in seinem Heimatortsteil Rheinkamp statt wie eigentlich vorgesehen in der Stadtmitte errichten zu können.

Am Donnerstag hat das Bürgerbegehren gegen Ballhaus begonnen. Bekommt die von CDU, Links- und Piratenpartei unterstützte Initiative innerhalb der kommenden vier Monate mindestens etwa 12 000 Unterschriften zusammen, dürfen die Moerser wie ihre Duisburger Nachbarn per Bürgerentscheid über den Verbleib ihres Stadtoberhaupts im Amt befinden. REINER BURGER

Heute

Streit in Papua-Neuguinea

Meuternde Soldaten fordern die Wiedereinsetzung von Michael Somare in sein Premierministeramt gemäß einem Gerichtsurteil. Der amtierende Regierungschef O'Neill denkt über Neuwahlen nach. **Politik, Seite 8**

Baku ist jetzt Düsseldorf

Die aserbaidschanische Hauptstadt ist jetzt offiziell Austragungsort des 57. Eurovision Song Contest. Baku bemüht sich, Ost und West zueinanderkommen zu lassen. **Deutschland und die Welt, Seite 9**

Der Kaiser für alle

Karl Lagerfeld stellt in Paris seine beiden neuen Modelinien vor. Eine dritte gibt es schon seit langem – sie wird in Deutschland produziert und vertrieben. **Deutschland und die Welt, Seite 10**

Entweltlichte Kirche?

Seit der Freiburger Rede von Benedikt XVI. ist die Debatte über das Verhältnis von Staat und Kirche sowie von Glaube und Politik um eine Forderung reicher: Entweltlichung. **Die Gegenwart, Seite 11**

Wehrhafte Demokratie

Vor vierzig Jahren wurde der Radikalerlass beschlossen, von Kritikern als „Berufsverbote“ gebrandmarkt. Kanzler Brandt war schon bald nicht mehr glücklich damit. **Zeitgeschehen, Seite 12**

Absetzbewegungen

China hat die von westlichen Staaten verhängten Sanktionen gegen Iran kritisiert. Aber die Politik Teherans behagt der Volksrepublik auch nicht recht. **Zeitgeschehen, Seite 12**



Vom Sparen und Wachsen: Merkel und Rajoy im Kanzleramt.

Foto Getty Images

Fortsetzung von Seite 1

Athen braucht noch mehr Hilfe

Der spanische Ministerpräsident Rajoy bekräftigte nach seinem Antrittsbesuch bei Bundeskanzlerin Merkel (CDU) seine Absicht, das Staatsdefizit Jahr für Jahr zu senken. Er befürwortete aber eine Ausweitung des dauerhaften Euro-Krisenfonds ESM. „Wahrscheinlich gilt: Je größer er ist, desto geringer wird er wohl in Anspruch genommen werden müssen“, sagte Rajoy. Er habe aber nicht mit Frau Merkel darüber gesprochen. „Mir liegt in diesem Moment am dringendsten am Herzen, dass der Mechanismus bald ausgearbeitet wird und auch in Gang kommt“, sagte Rajoy. Der Ministerpräsident und die Kanzlerin zeigten sich überzeugt, dass sich Defizitabbau und Wachstumsförderung nicht widersprechen müssten. Sie befürworteten einen Rückgriff auf verbliebene Mittel der europäischen Strukturfonds, um die Wirtschaft in den Krisenländern zu stützen. Frau Merkel wies darauf hin, dass unverbrauchte Mittel früher in die Haushalte der Mitgliedstaaten zurückgefließen seien. Jetzt sei es das Wichtigste, dass das Geld genutzt werde, um Arbeitsplätze zu schaffen.

Vertreter der griechischen Regierung und ihrer privaten Gläubiger setzten am Donnerstag ihre Verhandlungen über einen Schuldenschnitt fort. Dieser soll einen Anleihtausch einschließen. Am Dienstag hatte die Euro-Gruppe die Banken aufgefordert, für die neuen Anleihen niedrigere Zinsen zu akzeptieren als bisher vorgesehen. Auch dieser höhere Forderungsverzicht reicht aber offenbar nicht, um den zusätzlichen griechischen Finanzbedarf abzudecken. Im Oktober hatten die

Staats- und Regierungschefs der EU beschlossen, Athen Kredithilfen von rund 100 Milliarden für ein neues Hilfs- und Reformprogramm zuzusagen. Dieses zweite Hilfsprogramm ist bis heute wegen der zähen Verhandlungen über den Schuldenschnitt noch nicht festgezurr. Derzeit prüft die Troika aus IWF, EU-Kommission und EZB in Athen, ob Griechenland im zweiten Paket weitere Reformen abzuverlangen sind. Der Chef der Euro-Gruppe, Luxemburgs Premierminister Juncker, hatte am Dienstag gesagt, das bisherige griechische Spar- und Reformprogramm sei „klar aus der Spur geraten“. Seit Oktober sind zudem wegen der schlechten Konjunkturlage in Griechenland neue Haushaltslöcher aufgetreten.

Sollte die EFSF neue Kredite bereitstellen müssen, dürfte der Druck der europäischen Partner auf die Bundesregierung zunehmen, mittelfristig einer Ausdehnung des permanenten Krisenfonds ESM zuzustimmen. Regierungsvertreter hatten kurz vor Rehns Äußerungen in Berlin gesagt, auf dem EU-Gipfel am Montag gehe es weder um eine ESM-Ausweitung noch um das zweite Hilfsprogramm für Athen.

Kauder bekräftigte, der Druck auf Athen müsse größer werden. „Griechenland ist ein riesengroßes Problem. Trotz all der Hilfspakete hat sich anscheinend in dem Land nur sehr wenig grundlegend gebessert“, sagte der CDU-Politiker. Er hielt es aber für problematisch, das Land aus der Eurozone hinauszudrängen. Die Akteure auf den Finanzmärkten dürften nicht den Eindruck gewinnen, Europa lasse Euro-Staaten fallen.

Neue Brüche, neue Bonds

François Hollandes „Engagements“ für die Präsidentenwahl

PARIS, 26. Januar. François Mitterrand umwarb die Franzosen mit 110 Wahlversprechen, François Hollande kommt mit 60 „Engagements“ aus. Der 57 Jahre alte sozialistische Präsidentschaftsanwärter hat am Donnerstag in Paris ein linkslastiges Präsidentschaftsprogramm vorgestellt, das sich am Vorbild Mitterrands inspiriert. Den „Bruch mit dem Kapitalismus“ der späten siebziger Jahre hat Hollande durch den „Bruch mit der Finanzwelt“ ersetzt. Auch die Zusammenarbeit in der EU will der Sozialist revolutionisieren. Seine Kritik am Europa-Kurs von Präsident Sarkozy hat Hollande zu einem Wahlkampfversprechen umgewandelt. Hollande hat als elftes Engagement seines Programms festgelegt, den europäischen Fiskalpakt neu zu verhandeln.

Er bekräftigte seine Auffassung, dass er im Falle eines Machtwechsels nicht an die Beschlüsse der Vorgängerregierung gebunden sei. Den Franzosen verspricht er einen neuen europäischen Pakt, „der Verantwortung“ und „des Wachstums“. Er wolle aus dem Teufelskreis des Sparens in der EU aussteigen, so Hollande. Die Rolle der

Europäischen Zentralbank will er „neu ausrichten“. „Die EZB hilft nur den Banken, nicht aber den Staaten“, kritisierte er am früheren Sitz der Metallgewerkschaften in Paris. Hollande verpflichtet sich zur Einführung von Eurobonds und zur Ausarbeitung eines neuen Freundschaftsvertrages mit Deutschland. Er werde Berlin vorzuschlagen, die Zusammenarbeit auf eine neue vertragliche Grundlage zu stellen. Das Atomkraftwerk Fessenheim, das im Grenzgebiet zu Deutschland liegt, will Hollande schließen und durch weitere Reaktorschließungen den Anteil der Kernkraft an der Elektrizitätsproduktion von derzeit 75 Prozent auf 50 Prozent bis 2025 reduzieren. „Ich verspreche nur, was ich auch halten kann“, sagte der Präsidentschaftskandidat.

„Mit diesem Programm werden wir niemals zu einem ausgeglichenen Haushalt zurückkehren“, sagte der zentristische Präsidentschaftskandidat François Bayrou. Haushaltsministerin Valérie Pécresse sagte, Hollande gefährde „Frankreichs Glaubwürdigkeit in Europa und in der Welt“ (mic.)

Ringene um die Macht in Kairo

In Ägypten erwägen Islamisten, sich die Macht mit dem Militär zu teilen, fürchtet die Amsterdamer Tageszeitung „de Volkskrant“.

„Im neuen ägyptischen Parlament verfügen die Muslimbrüder und die streng islamistischen Salafisten zusammen über etwa zwei Drittel der Mandate. Die jungen liberalen Kräfte im Land fürchten, dass die Muslimbrüder auf eine Übereinkunft mit den Militärs aus sind, so dass diese einen großen Teil ihrer Macht und ihrer wirtschaftlichen Privilegien behalten könnten. Das gegenseitige Misstrauen zwischen den bis vor kurzem verbotenen Muslimbrüdern und der Armee ist zwar noch groß. Aber es besteht die Gefahr, dass die Islamisten unter dem Druck der wirtschaftlichen Lage – nicht nur der Tourismus ist zusammengebrochen, auch ausländische Investitionen bleiben aus – dem Militär nachgeben könnten.“

Zieht sich die ägyptische Armee zurück?

Das Blatt „La Presse de la Manche“ (Cherbourg) sieht die Lage ein Jahr nach dem Aufstand in Ägypten so:

„Die Muslimbrüder haben bei der Wahl den Sieg davongetragen. Sie werden nun regieren und die Wirtschaft wieder ankurbeln müssen – nach einem Jahr des Übergangs, das spektakuläre demokratische Fortschritte gebracht hat. Diese Errungenschaften müssen bewahrt werden, und für die allmächtige ägyptische Armee kommt jetzt der Moment der Wahrheit... Es wäre logisch, dass die Militärs nun die Macht abgeben und sich unter die Autorität einer zivilen Regierung stellen. Und die Gewinner der Wahl müssen unter Beweis stellen, dass es Ägypten mit ihnen bessergeht als mit der Armee.“

Obamas populistische Botschaft

Präsident Barack Obama habe in seiner Rede zur Lage der Nation mit einer populistischen Botschaft zu punkten versucht, schreibt die „Neue Zürcher Zeitung“.

„Zwischen den Zeilen liest sich seine Rede wie ein Anti-Romney-Manifest. Während Obama sich als Vorkämpfer der Mittelklasse zu positionieren versucht, macht er seinen Gegenspieler implizit zum Repräsentanten eines ungerechten, herzlosen Systems. Das ist nicht nur beim Thema Steuern erkennbar, sondern auch in der Frage, wie überschuldeten Hausbesitzern oder kriselnden Branchen geholfen werden soll. Romney kann sich jede Mühe geben, seine Wirtschaftskompetenz herauszustreichen – sollte der Wahlkampf unter klassenkämpferischen Vorzeichen laufen, wird er es schwer haben.“

Mitt Romney und die Steuerpolitik

Die Pariser Tageszeitung „Le Figaro“ äußert zum Wahlkampf in den Vereinigten Staaten:

„In dieser Zeit der allgemeinen Schuldenkrise steht die Steuerpolitik überall im Mittelpunkt der Debatte. In den Vereinigten Staaten beginnt sie dem möglichen Präsidentschaftskandidaten der Konservativen, Romney, ernsthaft Probleme zu bereiten – und damit die Chancen der Republikaner auf einen Wahlsieg im November zu verringern. In seiner Rede zur Lage der Nation hat Barack Obama Steuererhöhungen für die reichsten Amerikaner vorgeschlagen. So konnte er sich als Kandidat der Mehrheit der Wähler positionieren. Das könnte ihm die Wiederwahl beschern – vor allem, wenn er gegen einen Kandidaten antritt, der in der Steuerpolitik extrem konservative Positionen vertritt.“

Eine amerikanische Richtungswahl

Auch die „Salzburger Nachrichten“ beschäftigen sich mit Barack Obamas Wahlkampfstrategie:

„Die von fünfzig Millionen Amerikanern verfolgte ‚State of the Union‘-Rede gab dem Präsidenten die Chance, sich für seine Wiederwahl im November zu positionieren... Die von der Tea Party dominierten Republikaner sehen im Staat die Wurzel allen Übels – eine Retro-Rezeptur, die große soziale Errungenschaften wie staatliche Pensions- und Krankenversicherung in Frage stellt und das Recht des Stärkeren propagiert. Obama bezeichnet den Staat dagegen als Garant des ‚amerikanischen Traums‘ und schwingt sich zu dessen Verteidiger auf, indem er für Fairness und Gerechtigkeit streitet.“

Sparen allein hilft nicht

Zum Kampf gegen die Schuldenkrise in Europa heißt es in der Wirtschaftszeitung „Expansion“ (Madrid):

„Sparmaßnahmen sind unverzichtbar, damit die Staaten wieder Ordnung in ihre Finanzen bringen. Aber wie der amerikanische Multimillionär George Soros in Davos betonte, reichen sie allein nicht aus. Eine Sparpolitik ohne Wirtschaftswachstum kann in einen Teufelskreis führen: Die Einsparungen drücken der Wirtschaft die Luft ab, die Einnahmen des Staates sinken, die Last der Schulden nimmt zu, und es werden neue Einsparungen notwendig. Die Länder an der europäischen Peripherie müssen sparen, aber zugleich ein Gleichgewicht suchen zwischen Wachstum und Haushaltsdisziplin. Nur so lässt sich vermeiden, dass das Heilmittel schlimmer wird als die Krankheit. Die EU darf die betroffenen Länder wie Spanien in diesem Prozess nicht alleinlassen.“

Die Kanzlerin und die deutsche Rezeptur

Die „Westfälische Rundschau“ (Dortmund) befasst sich mit Bundeskanzlerin Merks Europapolitik:

„Vordergründig agiert Merkel geschickt. Weil Deutschland in der Krise, die rundherum zu Massenarbeitslosigkeit und Rezession führt, wie eine Insel der Seligen erscheint, verordnet sie den europäischen Partnern die deutsche Rezeptur: erst die fragwürdige Schuldenbremse, dann die unsozialen Hartz-IV-Reformen... Kein Wunder, dass die Europäer verschnupft reagieren und sich von Merkel bevormundet fühlen. Widerstände und Frustration machen sich breit. Kraftvolle Krisenpolitik kommt so nicht zustande. Merkel muss ein übers andere Mal Positionen räumen, die sich als unhaltbar erweisen, und jedes Mal folgt das böse Erwachen: Ihr größtes Einlenken hat die Krise nochmals verschärft.“

Angela Merks Trrippelschritte

Die „Neue Osnabrücker Zeitung“ meint zum Weltwirtschaftsforum in Davos hingegen:

„In Davos sitzt zwar die Weltwirtschaftselite beisammen, aber auch dort weiß niemand, wie die Euro-Krise zu lösen ist. Ein vergleichbares Ereignis hat es bisher nicht gegeben. Merkel handelt daher zurückhaltend, strebt eine Lösung der Probleme in Trrippelschritten an. Eine richtige Strategie, um den großen Knall abzuwenden. Ohnehin würde man sich etwas mehr Zurückhaltung der Teilnehmer des Treffens in Sachen Euro-Krise wünschen. Denn viele dort haben die weltweite Finanzkrise mitverantworten. Das gilt etwa für die zahlreichen Wirtschaftsprofessoren, die jahrelang Irrlehren von unfehlbaren Märkten verbreitet haben.“

Fortsetzung von Seite 1

Foltervorwürfe in Libyen

Frau Pillay sagte, sie sei „extrem besorgt“ über das Schicksal der Tausenden Gefangenen. Sie kritisierte eine mangelhafte Aufsicht über die Gefängnisse, was eine Umgebung schaffe, die förderlich für Folter und Misshandlung sei. Nach Darlegung des UN-Sondergesandten Ian Martin hat das Justizministerium in Tripolis bisher sechs Gefängnisse von den Revolutionsbrigaden übernommen. Martin hatte schon im Dezember auf den Aufbau eines Justizvollzugssystems und einer funktionierenden Polizei gedrungen. Die zahlreichen Milizen, die sich nicht der Kontrolle der Übergangsregierung unterstellen und ihre Waffen abgeben wollen, gelten als eines der größten Probleme der neuen Führung. Nach dem Sturz Gaddafis im vergangenen Jahr waren die libyschen Sicherheitskräfte mit Ausnahme der Polizei aufgelöst worden.

Menschenrechtler haben schon mehrmals Folter in Libyen kritisiert. Opfer sind demnach in vielen Fällen Schwarzafrikaner, die im Zuge des Bürgerkriegs wahllos unter dem Verdacht festgesetzt wurden, das alte Regime zu unterstützen. Gaddafi hatte zahllose Söldner aus den afrikanischen Nachbarstaaten angeheuert, um den Aufstand niederzuschlagen. Er hatte zudem afrikanische Tagelöhner angeworben, von denen sich Hunderttausende (zunehmend illegal) in Libyen aufhielten. Diese waren während der Herrschaft Gaddafis in großen Teilen der Bevölkerung unbeliebt und hatten unter alltäglicher Diskriminierung zu leiden.

Derweil wurde nach einem Bericht des Nachrichtenportals „Libya al Youm“ ein neuer Geheimdienst gegründet, der dem „Schutz der Revolution und des Landes vor Gefahren von außen“ dienen soll. Demnach soll der neue Dienst von Salim al Hasi geleitet werden, einem früheren Oppositionellen, der viele Jahre im Ausland gelebt habe.

Unterdessen meldete der libysche Verteidigungsminister Usama Dschuili, die Stadt Bani Walid sei wieder unter der Kontrolle der Regierung. Es habe sich lediglich um „ein Problem zwischen zwei Gruppen junger Männer gehandelt“, das gelöst worden sei. Örtliche Behördenvertreter hatten gemeldet, die Stadt sei von Anhängern Gaddafis unter Kontrolle gebracht worden.

„Die Behörden wissen, was dort vorgeht“

Seit August 2011 sind die „Ärzte ohne Grenzen“ in Misrata tätig und behandeln unter anderem Kriegsverletzte. Am Donnerstag hat die Hilfsorganisation, die mit insgesamt 18 Personen in Libyen im Einsatz ist, nun ihre Arbeit in den provisorischen Gefängnissen eingestellt. Seit September habe man bei Gefangenen immer wieder Folterverletzungen entdeckt, sagt Bart Janssens, Projekt-Verantwortlicher für Libyen, dieser Zeitung. Die Häftlinge hätten immer öfter offene Wunden, Schlägen und Elektroschocks aufgewiesen. Zwei dieser insgesamt 115 Personen seien außerdem kurz nachdem sie von einem Verhör zurückkehrten verstorben, sagt Janssens. „Ärzte ohne Grenzen“ geht davon aus, dass die Misshandlungen außerhalb der Internierungslager, in sogenannten Verhörtzentren, stattfinden, die unter Kontrolle des Sicherheitsrates und des Militärrates von Misrata stehen. Immer wieder hat die Hilfsorganisation die lokalen Behörden informiert und sie aufgefordert, etwas gegen die Misshandlungen zu unternehmen – vergeblich. Im Januar seien Gefangene, die schon von ihren Medizinern behandelt worden waren, abermals mit Folterverletzungen in die Lager zurückgekommen. „Das ist vollkommen inakzeptabel“, sagt Janssens. Am 9. Januar schrieb seine Organisation einen offiziellen Brief an den Militärrat, das Sicherheitskomitee, den Sicherheitsdienst der Armee und auch an den zivilen Stadtrat von Misrata, in dem sie das sofortige

Ende der Misshandlungen forderte. Doch auch danach habe es vier neue Fälle von Folter gegeben, sagt Janssens. „Das ist für uns ein klares Zeichen, dass wir keine Möglichkeit haben, dies auf einem normalen Weg zu stoppen.“ Es sei schwierig zu sagen, wie die Behörden von Misrata mit jenen in Tripolis zusammenarbeiteten. Doch sei die Sicherheitslage in Misrata stabil. „Ich denke, die Behörden haben die Dinge völlig unter Kontrolle, und sie wissen, was in den Verhörtzentren vorgeht“, sagt Janssens. „Ärzte ohne Grenzen“ will erst wieder Gefangene behandeln, wenn es keine Folter mehr gibt. Ihre psychosozialen Hilfsprojekte in der Stadt sowie auch jene in Tripolis will die Organisation aber fortsetzen. (nbel.)



Festnahme in Sirte

Foto Reuters

Nigerianischer Polizeichef entlassen

Amerika hilft bei Bekämpfung von Boko Haram / Jonathan: Dialog mit Islamisten

JOHANNESBURG, 26. Januar. Unter dem Eindruck der Terrorwelle im Norden Nigerias hat Präsident Goodluck Jonathan am Mittwochabend den Polizeichef des Landes entlassen und in den sofortigen Ruhestand versetzt. Zusammen mit Hafiz Rigum wurden sechs seiner Stellvertreter entlassen. In einer offiziellen Erklärung hieß es, die Entlassung des Polizeichefs sei „ein erster Schritt auf dem Weg zu einer Umstrukturierung der Polizeidienste, um diese effizienter zu machen und sie dadurch in die Lage zu versetzen, auf entstehende Sicherheitsrisiken adäquat zu reagieren“. Zum neuen Polizeichef berief der Präsident Muhammad Abubakar, bislang stellvertretender Generalinspekteur und verantwortlich für eine der insgesamt zwölf Sicherheitszonen des Landes, nämlich Bauchi. Der Bundes-

staat gehört zu jenen Regionen im Norden des Landes, in denen die radikale islamistische Sekte Boko Haram seit Weihnachten 2011 zahlreiche Anschläge verübt hat. Bei einer Anschlagsserie vor wenigen Tagen wurden in der Millionenstadt Kano mehr als 180 Menschen getötet.

Die nigerianische Regierung forderte unterdessen Boko Haram zu Gesprächen auf. Jonathan sagte der Nachrichtenagentur Reuters am Donnerstag, die Gruppe müsse sich aber zunächst zu erkennen geben und klare Forderungen formulieren. Militärische Gewalt allein werde den Aufstand der Gruppe nicht beenden. Die amerikanische Regierung will Nigeria offenbar bei der Bekämpfung der Sekte Hilfe leisten. Am Mittwoch hatte eine Gruppe Amerikaner, die offiziell als „Delegation der amerikanischen Regierung“ fungier-

Fortsetzung von Seite 1

Bundestag billigt Isaf-Mandat

Das neue, bis Ende Januar 2013 laufende Mandat sieht vor, die Obergrenze des Kontingents in einem ersten Schritt um 100 Soldaten auf 4900 zu senken, und dann, soweit die Lage es erlaube, bis Anfang 2013 auf 4400. Zudem wurde die flexible Reserve von 350 Soldaten gestrichen. Schließlich wurde der bislang eigens mandatierte Awacs-Einsatz in das Mandat integriert. Bis Ende 2014 sollen alle Kampftruppen aus Afghanistan abgezogen werden. Verteidigungsminister de Maizière (CDU) hob im NDR-Hörfunk hervor, er halte den Abzugsplan „nicht für sicher“, aber für realistisch. Insgesamt habe der Einsatz in Afghanistan nicht nur die Bundeswehr, sondern die gesamte deutsche Gesellschaft verändert. Die Bevölkerung sei mit der vollen Ernsthaftigkeit von Krieg und Frieden konfrontiert worden. Heute werde anders über Sicherheitspolitik diskutiert als früher. Zudem würde die Leistung der Soldaten anerkannt und gewürdigt.

Karzai in Europa

jöb./mic. ROM/PARIS, 26. Januar. Auf der ersten Etappe seiner mehrtägigen Europareise hat der afghanische Präsident Karzai am Donnerstag in Rom mit Ministerpräsident Monti einen Kooperationsvertrag unterzeichnet. Der italienische Außenminister Terzi sagte, der Vertrag umfasse „alle wichtigen Bereiche“ der „nicht mehr militärischen“ Unterstützung der Afghanen nach dem Abzug der internationalen Truppen 2014. Ein Sprecher des Ministeriums fügte hinzu, Italien werde weiterhin vor allem bei Ausbildung und Unterstützung der lokalen Polizei sowie der Justiz mitwirken. Rom werde sich auch beim Ausbau des Flughafens und der benachbarten Straßen in der Provinz Herat engagieren. An diesem Freitag wird Karzai in Paris erwartet, wo Präsident Sarkozy mittlerweile von der – nach der Tötung von vier französischen Isaf-Soldaten durch einen afghanischen „Kameraden“ geäußerten – Idee eines frühzeitigen Truppenabzugs wieder abgerückt ist. Karzai und Sarkozy wollen ebenfalls eine Kooperationsvereinbarung abschließen. Bei einer Trauerfeier zu Ehren der getöteten Soldaten sagte Sarkozy, Frankreich werde seinen Kampf für Freiheit und Frieden in Afghanistan fortsetzen. Außenminister Juppé warnte vor einem „überstürzten Abzug“. Aus der französischen Armeeführung verlaute, ein geordneter Truppenabzug nehme zwischen zwölf und 18 Monate in Anspruch. Der Rücktransport von Material, Transportmitteln und Munition aus Afghanistan sei frühestens Ende 2013 abgeschlossen. Der sozialistische Präsidentschaftskandidat Hollande hat einen Rückzug aller französischen Soldaten zum Jahresende versprochen. Zum Abschluss seiner Reise will Karzai mit dem britischen Premierminister Cameron in London zusammentreffen.

STIMMEN DER ANDEREN